

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 9. März 1981

Blatt 621

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Behindertensport: Turnsäle auch für Rollstuhlfahrer
(violett)

Kommunal:
(rosa)

Verbesserte Geburtshilfe in Wien
219.000 Lampen beleuchten Wiens Straßen
Ehrung für Verdienste im Gesundheitswesen
Baupolizei-Sicherheitsabteilung: Amtseinführung
Wien behindertenfreundlicher gestalten
AKPE-Stellungnahme zu Kandutsch-Pressekonferenz

Nur 8.3. Ab Montag kostenlose Karten für Rapid: VOEST-Linz
über FS: 9.3. Geschichte der Wiener Donaubrücken
Abschied von Paul Hörbiger
Morgen Pressegespräch Gratz und Hatzl

.....
Bereits am 8. März 1981 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Behindertensport: Turnsäle auch für Rollstuhlfahrer

=++++

1 #Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) 15 behindertengerechte Turnsäle stehen den Wiener Behindertensportlern kostenlos zur Verfügung. Die Turnsäle sind ebenerdig erreichbar, bei etwaigen Niveauunterschieden zwischen Garderobe und Halle gibt es Rampen für Rollstuhlbenützer. Die Behindertensportler machen von diesem Angebot der Stadt Wien reichlich Gebrauch. #

Zusätzlich zu den direkten Subventionen fördert die Stadt Wien die Behindertensportler auch dadurch, daß sie ihnen Hallen, Sportplätze und Bäder zur Verfügung stellt. So wird zum Beispiel der Sportplatz in Wien 16, Kendlerstraße 38 von den schwerstbehinderten Kindern einer öffentlichen Sonderschule kostenlos mitbenützt. Im Theresienbad hat der Versehrtensportverband wöchentlich einen kostenlosen Trainingstermin. In der Wiener Stadthalle und im Liesinger Haus der Begegnung wird heuer ein Basketball- und ein Sitzfußballturnier für Behinderte stattfinden. Im Rahmen des Internationalen Rehabilitationskongresses findet am 8. April im Hallenstadion eine Sportveranstaltung statt. Die Stadt Wien hat dafür die Mietkosten übernommen. (Schluß) sch/gg

NNNN

Verbesserte Geburtshilfe in Wien (1)

Utl.: Verstärkte Aufklärung über Schwangerschaftsrisiken

=++++

1 Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Wiens Geburtshilfe und Schwangerenbetreuung soll mit einer Reihe von Maßnahmen künftighin noch weiter verbessert werden. Einen besonderen Schwerpunkt sollen dabei vor allem Probleme der Risikoschwangerschaft bilden. Dies kündigte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER anlässlich eines kürzlich stattgefundenen Gespräches mit den Primari der städtischen geburtshilflichen Abteilungen und Kinderspitälern an. Die Abteilungsvorstände sind Mitglieder einer Arbeitsgruppe, die Univ.-Prof. Dr. Stacher anlässlich einer von ihm vor zwei Jahren abgehaltenen Enquete über die geburtshilfliche Situation in Wien, geschaffen worden war. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe war es, die Ursachen jeder einzelnen Totgeburt beziehungsweise jedes Todesfalles eines Neugeborenen innerhalb der ersten Lebenswoche zu untersuchen und zu analysieren. Dabei zeigte es sich, - wie aus kürzlich veröffentlichten Statistiken bekannt ist - daß erfreulicherweise die Säuglingssterblichkeit im vergangenen Jahr auf 14,3 Promille zurückgegangen ist. Ferner kamen die Experten zur Ansicht, daß es kaum mehr möglich sein wird, allein durch weitere Verbesserungen der Perinatalogie in den geburtshilflichen Abteilungen die Säuglingssterblichkeit weiter zu vermindern. Um dennoch hier weitere Erfolge zu erzielen, wäre es - wie die Fachärzte erklärten - allerdings notwendig, eine möglichst breitbasige Aufklärung der Bevölkerung über Risiken in der Schwangerschaft durchzuführen. So zeigte sich bedauerlicherweise immer wieder, daß es viele Frauen gibt, die bei Auftreten von Beschwerden während der Schwangerschaft entweder zu spät oder gar nicht den Arzt aufsuchen und damit das Leben des Kindes gefährden. (Forts.) zi/gg

Verbesserte Geburtshilfe in Wien (2)

Utl.: Mehr Information und intensivere Betreuung

=++++

2 Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Gleichzeitig mit dieser verstärkten Aufklärung soll, wie Gesundheitsstadtrat STACHER erklärte, aber auch überlegt werden, inwieweit die derzeit in Wien bestehende Schwangerenbetreuung noch verbessert werden kann. Stacher erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß in letzter Zeit in Wien bereits vier Intensivbetreuungsstellen geschaffen wurden. Aufgabe dieser Betreuungsstellen ist es, Frauen mit verschiedenen medizinischen (z. B. Diabetes, Bluthochdruck) oder sozialen Risiken (z. B. Sprachschwierigkeiten bei Gastarbeiterinnen) zu betreuen. Darüber hinaus wurden zwei Arbeitsgruppen geschaffen, die einerseits ein breitgestreutes Informationsprogramm und andererseits Möglichkeiten zur weiteren Verbesserung der Betreuung von Schwangeren und Neugeborenen ausarbeiten soll.

Nach Meinung von Gesundheitsstadtrat Stacher wird es mit Hilfe dieser Maßnahmen sicher gelingen, den erfreulichen Trend des Absinkens der Säuglingssterblichkeit fortzusetzen. (Schluß) zi/sr

NNNN

219.000 Lampen beleuchten Wiens Straßen (1)

=++++

3 #Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Wien gehört zu den am besten beleuchteten Großstädten der Welt. Ende 1980 waren auf Wiens öffentlichen Flächen insgesamt 128.411 Beleuchtungskörper mit zusammen 219.170 Lampen installiert. Die für die öffentliche Beleuchtung zuständige Magistratsabteilung 33 hat im vergangenen Jahr rund 7.000 Beleuchtungskörper neu aufgestellt, umgebaut oder völlig neu instandgesetzt.#

Zu den wichtigsten Maßnahmen zählte dabei die Ausstattung des Pratersterns mit einer komplett neuen Beleuchtungsanlage, wobei zur Erreichung optimaler Lichtverhältnisse die Standorte für die Lichtmasten und die Einstellung der Optiken EDV-mäßig berechnet wurden. Die neue Reichsbrücke wurde mit formschönen Beleuchtungskörpern ausgestattet, die öffentliche Beleuchtung in der Reinprechtsdorfer Straße und in der Landstraßer Hauptstraße zur Gänze erneuert.

Zu den größten Bauvorhaben der öffentlichen Beleuchtung im Jahr 1981 gehören der Franz Josefs-Kai, der Mexikoplatz, die Bereiche Althanstraße - Augasse - Liechtenwerder Platz sowie Laxenburger Straße - Favoritenstraße - Columbusplatz, das Gersthofer Platzl, das Zentrum Kagran (künftige U-Bahn-Endstation) sowie die Donauuferautobahn. Der Budgetrahmen der Magistratsabteilung 33 umfaßt insgesamt rund 208 Millionen Schilling. Dies geht aus einem Arbeitsbericht der MA 33 hervor, den Stadtrat Heinz NITTEL der "RATHAUSKORRESPONDENZ" bekanntgab.

Zwtl.: Sommerzeit vom 29. März bis 27. September

Zu den Aufgaben der MA 33 gehört auch die Betreuung von 188 öffentlichen Uhren in Wien (Würfeluhr, Kirchturmuhr, Uhren auf Amtshäusern und Schulen), die auch heuer wieder zu Beginn und am Ende der Sommerzeit um eine Stunde vorgestellt beziehungsweise eine Stunde lang angehalten werden müssen. (Forts.) ger/gg

NNNN

219.000 Lampen beleuchten Wiens Straßen (2)

=++++

4 Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Die Sommerzeit dauert heuer exakt von Sonntag, den 29. März, 2 Uhr früh, bis Sonntag, den 27. September, 3 Uhr früh. Die Mitarbeiter der MA 33 beginnen bereits am Samstag, dem 28. März, in den Nachmittagsstunden mit der Umstellung jener Uhren, die von Hand aus eingestellt werden müssen. Die Würfeluhren können dann genau um 2 Uhr früh per Funk um eine Stunde vorgestellt werden. Am Sonntag morgen soll die Umstellung soweit wie möglich abgeschlossen sein. Sämtliche öffentliche Uhren in Wien sollen dann bereits die Sommerzeit anzeigen.

Zwtl.: Kaputte Lampen bitte melden!

Es ist selbstverständlich, daß bei insgesamt über 219.000 Lampen der öffentlichen Beleuchtung in Wien auch immer wieder Ausfälle und Defekte vorkommen. Die MA 33 und die E-Werke ersuchen die Bevölkerung, beim Ausfall von Lampen der öffentlichen Beleuchtung den Störungsdienst unter der Telefonnummer 33 35 73 zu verständigen. Die Behebung des Schadens wird so rasch wie möglich durchgeführt. Selbstverständlich werden Störungsmeldungen auch von der Stadtinformation im Rathaus (Telefon 43 89 89) und von den Außenstellen des Bürgerdienstes entgegengenommen und an die zuständige Stelle weitergeleitet. (Schluß) ger/sr

NNNN

Ehrung für Verdienste im Gesundheitswesen

=++++

5 Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt in Gold beziehungsweise das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien überreichte Montag Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im Rathaus.

Die Ehrenmedaille in Gold erhielt Univ.-Prof. Dr. Walther Birkmayer, der von 1954 bis 1976 die Neurologische Abteilung im Pflegeheim Lainz leitete. 1970 gründete er das Ludwig Boltzmann-Institut für Neurochemie. Univ.-Prof. Dr. Birkmayer verfaßte über 300 wissenschaftliche Publikationen, veröffentlichte mehrere Fachbücher und ist durch seine wissenschaftliche Tätigkeit weit über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt.

Das Goldene Ehrenzeichen des Landes Wien erhielten:

Univ.-Prof. Dr. Eduard GITSCH, Vorstand der I. Universitäts Frauenklinik. Univ.-Prof. Dr. Gitsch hat sich besondere Verdienste um den Auf- und Ausbau der Klinik erworben. So entwickelte er die Radio-Isotopenchirurgie, die im besonderen zur operativen Behandlung des Gebärmutterkrebses herangezogen wird. Darüber hinaus wurde auch ein zytogynetisches Labor und eine dazugehörige Beratungsstelle zur Aufklärung und Information bei Fehlentwicklungen in der Schwangerschaft eingerichtet.

Univ.-Prof. Dr. Josef TAPPEINER, Vorstand der I. Universitäts Hautklinik, hat diese modernisiert und den notwendigen medizinischen Erfordernissen angepaßt. Er war Dekan und Prodekan der Medizinischen Fakultät, Präsident der österreichischen Dermatologischen Gesellschaft und Mitglied des Obersten Sanitätsrates.

Hofrat Dr. Walter URBARZ, Kammeramtsdirektor der Wiener Ärztekammer, ist Mitglied der Ärzteorganisation der Staaten der europäischen Gemeinschaft. Darüber hinaus ist er Verfasser verschiedener Publikationen auf dem Gebiet des Sanitätsrechtes und sozialpolitischer Schriften. (Schluß) zi/gg

NNNN

Amtseinführung des Leiters der Baupolizei-Sicherheitsabteilung

=++++

10 #Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Senatsrat Dipl.Ing. Rudolf FRAGNER wurde Montag von Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION in Anwesenheit von Personalstadtrat Franz NEKULA, Planungsstadtrat Univ.Prof.Dr. Rudolf WURZER, Obersenatsrat Dr. Alfred PEISCHL und Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Ernst FILZ in sein Amt als neuer Leiter der Magistratsabteilung 36 - Technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei eingeführt. Fragner war bereits seit 1978, als Senatsrat Dipl.Ing. Friedrich TITZE-EHR in den dauernden Ruhestand trat, mit der Leitung der MA 36 betraut. #

Senatsrat Fragner, Jahrgang 1923, steht seit 1950 im Dienst der Stadt Wien. Anfangs Referent für den 1., 2. und 3. Bezirk, wurde er im September 1964 Leiter des Sonderdezernates und Abteilungsleiter-Stellvertreter der MA 36. Wichtige Arbeiten leistete er im Zusammenhang mit der Bauordnungsnovelle 1976. Mit besonderem Engagement und sehr erfolgreich hat sich Dipl.Ing. Fragner für die reibungslose Arbeitsaufnahme der mit 1. Jänner neugeschaffenen Baupolizei-Sicherheitsabteilung eingesetzt: ihre Aufgabe ist es, Einrichtungen, von denen aus verschiedenen Gründen erhöhte Gefahren ausgehen können, auf ihre Sicherheit zu überprüfen. Dazu gehört auch die Kontrolle aller Wiener Beherbergungsbetriebe mit mehr als 30 Gästebetten durch eine ebenfalls neugeschaffene "Hotel-Kommission", die ihren Sitz in der Magistratsabteilung 36 hat. Weitere Aufgaben der MA 36: Beistellung von Amtssachverständigen in den verschiedensten Verfahren, wie Betriebsanlagenverfahren, chemische und Giftangelegenheiten, Elektrotechnik, Wärmetechnik usw., sicherheitstechnische und behördliche Angelegenheiten nach dem Elektrotechnikgesetz, dem Wiener Gasgesetz usw., die Handhabung des Baulärmgesetzes und technische Angelegenheiten des Sprengmittelwesens und verwandter Gebiete.

Bis 31. Dezember 1980 waren die MA 36 und die MA 37 für die Erteilung von Baubewilligungen jeweils in bestimmten Stadtgebieten zuständig. Diese Aufgabe wird nun von der MA 37 zentral wahrgenommen.
(Schluß) and/bs

Wien behindertenfreundlich gestalten

=++++

12 Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Für eine behindertenfreundliche Gestaltung Wiens durch Verbesserungen im Wohnbau in der Verkehrsplanung und beim Neu- und Umbau öffentlicher Gebäude sowie die Integration behinderter Menschen in Schulen, Kindergärten in der Arbeitswelt und bei der Freizeitgestaltung sprachen sich Montag VP-Stadträtin Dr. Gertrude KUBIENA und VP-Landtagsabgeordnete Dr. Marilies FLEMMING aus. Ebenso forderten die VP-Politikerinnen in diesem Zusammenhang mehr Rechte der Behinderten auf Selbstbestimmung, das Recht auf Leben in Familie und Gesellschaft und das Recht auf Arbeit. Als Initiativen ihrer Partei für die Behinderten nannte Dr. Kubiena unter anderem eine Aktion in der behindertenfreundliche Betriebe ermittelt werden sollen sowie eine spezielle telefonische Behindertenberatung.

Zwtl.: Stacher: Viele Forderungen werden bereits realisiert

Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.Prof.Dr.Alois STACHER stellte zu den Forderungen der ÖVP fest, daß sich ein Großteil davon bereits im Stadium der Realisierung befinden. Bedauerlicherweise seien dabei bereits im Betrieb befindliche Einrichtungen oder durchgeführte Maßnahmen der Stadt Wien unerwähnt geblieben. Dies trifft z.B. auf die Forderung zu, nach der Wiedererrichtung eines Diagnosezentrums für entwicklungsgestörte Kinder an der Universitätsklinik. Laut Stacher wurde dieses Zentrum bereits 1974 vom Gesundheitsamt der Stadt Wien gemeinsam mit der Klinik in Betrieb genommen und steht nach wie vor der Bevölkerung zur Verfügung. auf Grund einer vorgesehenen räumlichen Ausweitung und damit verbunden einem erweiterten Diagnostikprogramm, wird diese Einrichtung in Kürze in neue Räumlichkeiten im 18. Bezirk am Währinger Gürtel übersiedeln. Ein umfangreiches Ärzteteam wird dort im Auftrag des Gesundheitsamtes den Eltern von entwicklungsgestörten Kindern für Diagnostik und notwendige Therapien zur Verfügung stehen. (Schluß) zi/bs

AKPE-Stellungnahme zu Kandutsch-Pressekonferenz (1)

=++++

13 Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) "Die Allgemeine Krankenhaus Wien, Planungs- und Errichtungsgesellschaft AG (AKPE) stellt schon seit längerem Überlegungen an, die ihre Zusammenarbeit und den Vertrag mit der Arbeitsgemeinschaft, Projekt Management Allgemeines Krankenhaus - Universitätskliniken (APAK) betreffen. Über eine Neugestaltung des Vertragsverhältnisses zwischen APAK und AKPE fanden auch bereits Gespräche des Vorstandes der AKPE mit dem Präsidenten des Aufsichtsrates und mit dem unter der Leitung von Dr. Jörg Kandutsch stehenden Kontrollbüro statt.

Es ist daher für die AKPE überraschend, daß nun Präsident Dr. Kandutsch in der Öffentlichkeit Vorschläge präsentiert, die von der rechtlichen Seite her sicherlich sehr schwer zu realisieren sind, nämlich die Auflösung des Vertrages mit der APAK und die Übernahme des Personals in Form von Leasing-Verträgen. Bei den qualifizierten Mitarbeitern der APAK, die auf Grund ihrer spezifischen Projektkenntnisse weiter benötigt werden, handelt es sich in der Regel um Dienstnehmer, die von den Partnern der APAK abgestellt wurden. Ob unter den nun gegebenen Verhältnissen diese Dienstnehmer der APAK überhaupt bereit sein würden, in die Dienste der AKPE zu treten, erscheint mehr als fraglich. Auch die Verhandlungen mit der APAK werden durch die Äußerungen von Dr. Kandutsch erschwert, da seine Feststellungen kaum zu einer Imageaufwertung der APAK beigetragen haben. Es ist vorauszusehen, daß diese Aktion zu Schwierigkeiten mit der APAK führen könnte. Allfällige Schäden, die sich in diesem Zusammenhang für die öffentliche Hand ergeben könnten, sind den publizistischen Bestrebungen des Kontrollbüros zuzuschreiben. (Forts.) AKPE/sr

NNNN

AKPE-Stellungnahme zu Kandutsch-Pressekonferenz (2)

=++++

14 Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Auch die Behauptungen von Dr. Kandutsch, daß erst um 1990 mit der Fertigstellung des Neubaus zu rechnen sei und daß die Kosten über 40 Milliarden S betragen werden, sind äußerst problematisch. Grundsätzlich sind alle Hochrechnungen reine Zahlenspielereien, da niemand die Preissteigerungen der kommenden Jahre vorhersagen kann. Die AKPE setzt natürlich alles für das Ziel ein, das Projekt 1987 fertigzustellen und das Preislimit von 20 Milliarden S per 1. Jänner 1976 - das sind einschließlich der eingetretenen Indexhöhungen 24,2 Milliarden S per 1. Jänner 1980 - einzuhalten. Wenn nun in der Öffentlichkeit erklärt wird, daß diese Ziele nicht einzuhalten wären, dann schwächt auch dies die Verhandlungsbasis der AKPE mit den bauausführenden Firmen in einem unerträglichen Ausmaß. Es wäre nur zu verständlich, wenn diese Firmen auf die Forderungen der AKPE, die Leistungen termingerecht zu erbringen, in Hinkunft damit argumentieren würden, daß die Termine ohnehin nicht eingehalten werden können.

Es ist klar, daß Erklärungen dieser Art vor allem, wenn sie unkoordiniert mit der Geschäftsführung der AKPE abgegeben werden, den weiteren Betriebsablauf stören und die Erreichung der Projektziele negativ beeinflussen." (Schluß) AKPE/sr

NNNN